

Der folgende Artikel von Ludwig T. Heuss wurde kürzlich in der Neuen Zürcher Zeitung publiziert. Spontan ergänzte ich ihn, in Grün.

Georgien steht vor der Wahl zwischen Russland und dem Westen

Georgien teilt mit Russland die gesamte Nordgrenze des Landes, 894 km. Das ist ungefähr die schweizerische Landesgrenze mit Deutschland und Frankreich zusammen. Russland ist Georgiens stärkstes Handelsgegenüber. Landesgrenze mit dem Westen hat Georgien keine. Ist es zulässig zu suggerieren, Georgien habe die freie Wahl?

Die Opposition ist zuversichtlich, den moskau freundlichen Machthaber Iwanischwili an der Urne besiegen zu können

Ludwig T. Heuss

Zur Mittagszeit ist in Tbilissi mit den üblichen Verkehrsmitteln kein Durchkommen. Wer es eilig hat, greift sich einen E-Roller und kurvt auf dem abgetrennten Radweg unter den Platanen des Rustaweli-Boulevards an Autokolonnen und den Schaufenstern bekannter westlicher Modelabels vorbei. Zur Nutzung des Rollers verwendet man die gleiche App wie in Zürich oder Berlin, und spätestens hier wird dem Besucher bewusst: Man ist in Europa. Es könnte Südfrankreich oder Spanien sein, wären da nicht die geheimnisvollen Schriftzeichen und die unzugängliche Sprache.

Apps werden global verkauft. Weder Digitalität noch Verkehr noch westliche Modelabels taugen als Hinweis auf Europa. Diese Merkmale finden sich in grossen Städten weltweit.

Spuren der Massenproteste

Georgien ist ein Land am Scheideweg. Im Mai fanden auf dem Rustaweli proeuropäische Massenproteste mit etwa 300 000 Teilnehmern statt, nachdem die Regierung das sogenannte Auslandsagenten-Gesetz durch das Parlament geboxt hatte. «Russisches Gesetz» nennen es die Georgier, weil es, ähnlich wie in Russland, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen mit ausländischen Finanzquellen erschweren oder verunmöglichen wird. Organisationen, die mehr als 20 Prozent ihrer Mittel aus dem Ausland beziehen, werden sich registrieren und Angaben über ihre inländischen Kooperationspartner machen müssen. Kritiker sehen darin ein Instrument, mit dem zivilgesellschaftliche Arbeit verhindert werden kann.

Die Folgen der Proteste sind noch überall sichtbar. Europafahnen hängen in unzähligen Fenstern und von Balkonen. Die Fassaden sind übersät mit Graffiti, die Solidarität mit der Ukraine bezeugen. Derzeit herrscht in Georgien Ruhe, allerdings ist dies wohl eine Ruhe vor dem Sturm. Überall ist «das Gesetz» Thema, viele Institutionen sind unsicher, ob sie unter die Registrierungspflicht fallen, und fürchten die drohenden drakonischen Geldbussen. Die Parlamentswahlen im Oktober werden als Referendum über die Orientierung des Lands gesehen, als Entscheidung zwischen Europa und Russland, zwischen Demokratie und Autokratie. Das oft inflationär verwendete Wort Schicksalswahl ist hier angebracht.

Die Europafahnen sind seit Jahren Teil Georgiens. Solidaritätszeichen mit der Ukraine stammen von den Anfängen des Russland-Ukraine Kriegs.

Die Europa-Liebe der Georgier ist alles andere als die opportunistische Anlehnung eines armen, postsowjetischen Staates an den westlichen Wirtschaftsblock. Georgien, mit eigener Sprache und Schrift, mit einer hundert Jahre älteren Tradition des Christentums als in Mitteleuropa, ist ein europäisches Land. Es war immer geistig nach Europa orientiert, auch im 19. Jahrhundert, als man in Tbilissi von italienischen Architekten ein Opernhaus bauen liess, Pariser Mode trug und vornehme Familien ihre Kinder zum Studium nach Deutschland schickten. Über 85 Prozent der Bevölkerung wünschen sich den Beitritt zur EU und sind zugleich gekränkt darüber, wie wenig die Liebe erwidert wird.

Selbstverständlich geht es Georgien auch um die verstärkte wirtschaftliche Anlehnung an den westlichen Wirtschaftsblock. Georgien ist ein armer, postsowjetischer Staat. Auch der östliche Einfluss ist gross, allen voran die jahrtausend alte Verbindung mit dem ehemaligen Persien. König Mirian III, der im Jahr 327 das Christentum zur Staatsreligion Ostgeorgiens erklärte, war persischer Abstammung. Der östliche Einfluss ist bis heute gut spürbar in der georgischen Mentalität. Ist die eurozentrische Sicht des Autors auf fehlende Erfahrung mit dem georgischen Alltag und den Menschen jenseits politischer Parolen zurückzuführen?

Undurchsichtige Regierung

Der Beitritt zur EU ist als Ziel in der Verfassung festgelegt, und seit 2023 ist Georgien offizieller Beitrittskandidat. Umso ratloser macht prowestliche Georgier der Kurswechsel der Regierung. Der Milliardär Bidsina Iwanischwili, der sein Vermögen mit windigen Geschäften im Russland der neunziger Jahre gemacht hat, ist die graue Eminenz der Regierungspartei Georgischer Traum. Er thront in einer riesigen Villa hoch über der Hauptstadt Tbilissi und zieht von dort mit seinem Reichtum die Fäden, tauscht Regierungsmitglieder nach Gutdünken aus und bestimmt die Geschicke der Politik.

Der Kurswechsel macht allen Sorge, in Stadt UND Land.

Die regierungsnahen Medien verbreiten die Mär von der westlichen Zersetzung traditioneller Werte. Ohne offiziell die Orientierung nach Europa aufzugeben, laviert die Regierung zwischen den Fronten, kokettiert mit den Haltungen eines Viktor Orban, Robert Fico oder Donald Trump und zieht langsam die Daumenschrauben an. Ende April 2024 hat sich Iwanischwili in einer seltenen öffentlichen Rede geäussert und dabei verstörende antiwestliche Formulierungen benutzt. Den Westen verunglimpfte er als «globale Kriegspartei». Von «liberalem Faschismus» sprechen die Mitglieder seiner Regierung regelmässig.

Wichtige traditionelle Werte in Georgien sind z.B. klare Rollenteilung Frau-Mann, Sippenverhalten, Religiosität.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass grosse Teile der urbanen, westlich orientierten Bevölkerung das Agenten-Gesetz als Mittel für eine autokratische Entwicklung sehen und argwöhnen, Iwanischwili habe aufgrund des mafiösen Milieus, in dem er gross wurde, gute Gründe für eine Hinwendung zu Russland.

Wie eingangs bereits erwähnt, gibt es mehrere Gründe für Georgien es sich mit Russland nicht zu verscherzen. Und bestimmt ist der Druck aus Russland immens. Gleichzeitig scheint mir Europas Interesse an Georgien aus der Rivalität zu Russland hervorzugehen, Russland soll geschwächt werden.

1921, als die Rote Armee in die Demokratische Republik Georgien einmarschierte, Georgien war in den Jahren davor in enger politischer Zusammenarbeit mit Europa, zog sich dieses sofort zurück.

Doch die Russen haben sich mit ihrer zweihundertjährigen, bis 1991 dauernden Herrschaft über Georgien einen nachhaltig schlechten Ruf erarbeitet. Seit dem Krieg von 2008 sind 20 Prozent des Territoriums – die Regionen Abchasien und Südossetien – faktisch von Russland besetzt. Binnenflüchtlinge berichten von russischen Greueln, die an Bestialität kaum zu überbieten sind. Nachdem die zur Sowjetzeit geltende Pflicht zum Erlernen der russischen Sprache abgeschafft worden ist, spricht heute nur noch die alte Generation Russisch. Im Zentrum für Erwachsenenbildung von Achalziche, einer Kleinstadt nahe der türkischen Grenze, haben die Sprachkurse für Englisch seit Jahren ungebrochen höchste Popularität. An zweiter Stelle folgt mit Abstand Türkisch und an dritter Deutsch.

“Binnenflüchtlinge berichten von russischen Greueln, die an Bestialität kaum zu überbieten sind.” Dieser Hinweis entbehrt Hand und Fuss.

Russisch ist in den Schulen eine obligatorische Fremdsprache. Kinder, denen das Sprachenlernen leicht fällt, lernen Russisch genauso gern wie jede andere Sprache. Die russische Sprache ist in Georgien nicht primär politisch verankert, sondern kulturell. Niemand würde hier ernstlich den russischen kulturellen Reichtum von sich weisen.

Russisch will niemand lernen. Das ist auch insofern bemerkenswert, als hier eine grosse armenische Minderheit lebt, der traditionell eine enge Beziehung zu Russland nachgesagt wird. So weht heute auch in der tiefen Provinz vor der etwas heruntergekommenen staatlichen Grundschule neben der Fahne Georgiens stolz das Banner der EU im Wind. An den Vorbehalten gegenüber Russland ändern auch die zeitweise 150 000 russischen Kriegsflüchtlinge, meist mobil arbeitende moderne IT-Nomaden, nichts.

Ich bin schockiert, dass der Autor von den nicht-städtischen Gebieten als “tiefe Provinz” spricht. Hat er je einen Fuss ausserhalb Tiflis gesetzt? Wohl genauso wenig wie die oppositionellen Gruppierungen. Der Wahlkampf auf dem Lande wird ganz der Regierungspartei überlassen. Die Opposition verwehrt sich die Chance, mit Menschen in den Dialog zu treten, die nicht in der Hauptstadt wohnen. Wie würden sie diese vertreten wollen, kämen sie tatsächlich an die Macht?

Im Treibhaus der politischen Gefühle gärt es, und vor den Wahlen am 26. Oktober dürfte sich die Lage wieder zuspitzen. Die Frage ist, ob Iwanischwilis Partei Georgischer Traum dann an der Macht bleibt oder von einer Oppositionskoalition abgelöst wird. Die georgische Parteienlandschaft ist äusserst bunt. Die grösste Oppositionspartei, jene des früheren Präsidenten Saakaschwili, und sechs kleinere liberale Parteien lassen sich dem prowestlichen Spektrum zuordnen.

Inhaltlich reichen die Liberalen von Anhängern eines pragmatisch marktwirtschaftlichen, gesellschaftlich moderat konservativen Kurses über solche, die eine Trennung von Kirche und Staat fordern und sich für LGBT-Menschen einsetzen, bis zu provozierenden Libertären, die Drogen und Prostitution freigeben wollen. Die Hoffnung der georgischen Opposition liegt in einer «polnischen Lösung», einem Zusammenschluss der Oppositionsparteien zu einem

Wahlbündnis. So soll mit vereinten Kräften die Regierungspartei besiegt werden. Die der Opposition zuneigende Staatspräsidentin Salome Surabischwili propagiert ein politisches Reformprogramm für die Zeit nach einem allfälligen Wahlsieg. Priorität haben darin die Abschaffung des Agenten-Gesetzes und die Abarbeitung aller Punkte, die einem EU-Beitritt im Wege stehen.

Spricht, niemand hat einen konkreten, in sich schlüssigen Plan der Regierungsführung.

Hinter diesen Zielen versammelt sich die gesamte Opposition, auch wenn es keine gemeinsame Wahlliste gibt. Zurzeit formieren sich vier unterschiedliche Listenverbindungen, in denen sich inhaltlich zum Teil recht verschiedene Parteien zusammengefunden haben. Nach der Wahl werde man sich zu einer Koalition zusammenfinden, so wird beteuert. Eine gemeinsame Führungsfigur hat sich bisher nicht herauskristallisiert. Im Vordergrund steht die Notwendigkeit, keine einzelne Stimme zu verlieren und keine Partei an der Fünfprozenthürde scheitern zu lassen. Der Optimismus ist ungebrochen, zumal der Georgische Traum in Umfragen angeblich nur auf 30 Prozent kommt.

Der Autor scheint zu spüren, wie es um die Realität bestellt ist.

Weniger optimistisch sind manche Akteure der Zivilgesellschaft. Sie bestätigen zwar die grundsätzliche politische Strategie im Hinblick auf die Wahlen, doch die schleichende Zunahme des autoritären Einflusses wird genau beobachtet. Nicht nur die undurchsichtige Regierungspartei und kryptische Verlautbarungen aus Moskau machen hier Sorgen, auch China übt einen Einfluss in der Region aus. Mit dem Bau des Tiefseehafens Anaklia am Schwarzen Meer und dem Ausbau der Eisenbahnlinie nach Zentralasien ist die geostrategisch vorgehende ostasiatische Grossmacht zunehmend präsent.

China ist das Land, das seit Jahren in Georgiens Infrastruktur investiert. Nationale Eisenbahnlinien, strategisch wichtige Strassentunnel nach Norden, eine neue solide Schnellstrassenverbindung über den Rikotipass, der West- und Ostgeorgien verbindet: Mit China wurde es möglich.

Auf gepackten Koffern

Noch gibt es investigative Journalisten und Akteure der Zivilgesellschaft, die sich in dem autoritären Klima trotz handfesten Drohungen nicht einschüchtern lassen. Doch Aufklärung von Skandalen braucht Öffentlichkeit und unterstützende politische Machtwerkzeuge. Fallen diese weg, laufen die Dinge ins Leere. Das tragische Schicksal von Nawalny in Russland steht als Zeichen an der Wand. Die zögerliche westliche Unterstützung der Ukraine tut das Ihre dazu. Appeasementpolitik gegenüber Russland und der georgischen Regierung, so betonen zivilgesellschaftliche Akteure in Tbilissi immer wieder, wäre das Falscheste, was Europa tun könne.

Hör ich da Kriegsglocken? Krieg und Zerstörung, da sind sich Georgier und Georgierinnen im ganzen Land einig, wollen sie nicht. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde viel aufgebaut.

Ein Teil der jungen Intelligenzia sitzt gefühlsmässig auf gepackten Koffern. Alle haben Verwandte oder Freunde in Westeuropa. Vor allem in Italien und Griechenland wächst die

georgische Diaspora beständig. Wenn die Schicksalswahl schiefgeht, so der Eindruck, sind viele schnell weg. Ihren freien westlichen Lebensstil werden sie sich nicht nehmen lassen.

Ludwig T. Heuss ist Vorsitzender des Kuratoriums der liberalen Friedrich-Naumann-Stiftung und Chefarzt am Spital Zollikerberg.

Brigitte Renz lebt seit 10 Jahren in Georgien, 4 Jahre davon in ländlichem Gebiet. Sie ist freie Autorin und Inhaberin einer Reiseagentur.